



# BUNDESTAG AKTUELL

## Andreas Mattfeldt MdB

---

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 21. Januar 2011

### **Mainzer Erklärung: Deutschland als modernen Industriestandort sichern**

In diesem Jahr sind die Bürgerinnen und Bürger zu insgesamt sieben Landtagswahlen und drei Kommunalwahlen aufgerufen. Dabei geht es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Deutschland ist unter der unionsgeführten Bundesregierung im Jahr 2010 stark aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6% und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter drei Millionen stehen wir im europäischen Vergleich an der Spitze. Im Jahr 2011 wollen wir diese Position sichern und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die außerordentlich gute Entwicklung des vergangenen Jahres auch in Zukunft fortsetzt. Dabei ist für uns maßgeblich, dass unser Land seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie verdankt.

Zum Jahresauftakt hat deshalb der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Mainzer Erklärung“ ein Konzept für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland beschlossen, zu dem wir uns im Gegensatz zu den Grünen klar bekennen. Mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt; mit einer Politik, die für solide Staatsfinanzen und eine moderne Infrastruktur steht sowie einer Politik, die eine klimafreundliche Energie- und zuverlässige Rohstoffversorgung sichert, wollen wir Deutschland als modernen Industriestandort ausbauen.

Über Jahrzehnte hat sich in unserem Land eine vielfältige Industrielandschaft entwickelt, die Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand. Dabei gibt es mit dem Automobilbau, dem Maschinenbau und der Chemie starke Leitbranchen, die zu den besten der Welt gehören und global agie-

ren. Diese Branchen wollen wir stärken und nicht – wie es die Grünen auf einer Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr beschlossen haben – schrumpfen.

Bei den anstehenden Landtagswahlen geht es darum, erfolgreiche Standortpolitik fortzusetzen: Wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo sich eines der weltweit 152 führenden Cluster für Automobil- und Maschinenbau entwickelt hat. Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Entwicklung durch eine gezielte Wirtschafts- und Standortpolitik, den Aufbau moderner Bildungsangebote und einer modernen Infrastruktur eng begleitet und gefördert. In Hamburg wurden dank der richtigen Weichenstellungen der CDU der Hafen und die damit verbundenen Logistiksysteme kontinuierlich weiterentwickelt. Als einer der führenden europäischen Überseehäfen ist der Hamburger Hafen eine der zentralen Drehscheiben des internationalen Güterverkehrs und ein Wachstums- und Arbeitsplatzmotor Deutschlands. In Mecklenburg-Vorpommern hat vor allem die kluge Politik der CDU dafür gesorgt, dass maritime Wirtschaft, Tourismus und der Energiesektor Arbeitsplätze schaffen und das Land bei den erneuerbaren Energien zu den Spitzenreitern in Deutschland gehört.

In den Bundesländern, die wie Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen von der SPD unter Wert regiert werden, wollen wir als Union Regierungsverantwortung übernehmen, um auch dort mit einer klugen Standortpolitik den Aufschwung zu verstetigen, Zusammenhalt und Wohlergehen in ganz Deutschland weiter zu festigen und unser Land als modernen Industriestandort zu stärken.

---

## Expertengespräch zum Schenkelbrand bei Pferden

Ich bin in den letzten Wochen verstärkt von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis auf die Äußerungen von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner angesprochen worden, die sich dafür ausgesprochen hat, die Kennzeichnung von Pferden per Brandzeichen verbieten zu wollen.

Gerade für uns Niedersachsen und die Pferdezuchtregion Verden würde das erhebliche Probleme mit sich bringen. Die vorgeschlagene Alternative zum Schenkelbrand—die Kennzeichnung per Transponder—ist nicht nur für die Pferde schmerz-

hafter, sondern auch weniger fälschungssicher. Der Schenkelbrand hat sich seit 1789 bewährt und dient auch Käufern im Ausland als Qualitätszeichen dafür, dass sie ein deutsches Rassepferd kaufen.

Ich habe mich in dieser Woche unter anderen mit dem Geschäftsführer des Hannoveranerverbandes aus Verden, Herrn Dr. Schade, und weiteren niedersächsischen Zuchtexperten zum Gespräch getroffen. Sie haben mir bestätigt, dass der Schenkelbrand für die Fohlen wesentlich besser verträglich und vor allem fälschungssicherer ist.



---

## Afghanistan: Übergabe der Sicherheitsverantwortung beginnt 2011

In dieser Woche hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Regierungserklärung zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan abgegeben. Außerdem wurde der Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan in den Deutschen Bundestag eingebracht. Im Rahmen des ISAF-Einsatzes unterstützt die Bundeswehr weiter die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie den Aufbau funktionsfähiger afghanischer Sicherheitskräfte durch Ausbildung, Mentoring, Partnering und Ausrüstungsunterstützung. Die völker-

rechtliche Grundlage ist ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Das jetzt zu beratende Mandat des Deutschen Bundestages soll bis zum 31. Januar 2012 gelten.

Unser Strategiewechsel von Anfang 2010 ist der richtige Weg. 2011 beginnen wir mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände. Der Beginn dieses Prozesses ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Sicherheitskräfte, er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen. Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan und die Übergabe der Verantwortung an die Af-

ghanen muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich. Wir teilen dabei die Zuversicht der Bundesregierung, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können. Dabei ist jeder sicherheitspolitisch vertretbare Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung zu nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

---

### Büro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227-71322  
Fax: 030/227-76932

Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)  
Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)

Redaktion: Tatjana Range